



P R O T O K O L L

**52. Sitzung des Landrates
des Kantons Basel-Landschaft**

Liestal, 17. Juni 1993

09.00-11.45 Uhr

Abwesend Vormittag:

Alfred Peter

Abwesend Nachmittag:

Fraktionsausflüge

Kanzlei:

Walter Mundschin

Protokoll:

Marianne Knecht und Eugen Lichtsteiner

STICHWORTVERZEICHNIS

Abschlussrede	2117
Büros des Landrates	
Wahl	2112
Fragestunde	2116
Grenzbereinigung	
Kanton Aargau	2116
Informations- und Motivationskampagne für eine bessere Luft	2112
Landratsbeschluss	2116
Mitteilungen	2111
Persönliche Vorstösse, Begründung	2116
Präsidenten	
Wahl	2111
Präsidenten des Landrates	
Wahl	2111
Präsidenten des Regierungsrates	
Wahl	2111
Verabschiedungen	2117
Vizepräsidenten des Landrates	
Wahl	2111
Vizepräsidenten des Regierungsrates	
Wahl	2112

TRAKTANDEN

7. Wahl des Präsidenten des Landrates für das
Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994
Daniel Müller gewählt 2111

8. Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das
Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994
Werner Spitteler gewählt 2111

9. Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das
Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994
Robert Schneeberger gewählt 2111

10. Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für
das Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994
Dr. Hans Fünfschilling gewählt 2112

11. Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für
das Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994
*Rita Kohlermann, Andrea Strasser Köhler, Günter
Schaub, Verena Burki und Elsbeth Schneider
gewählt* 2112

13. 93/13
Berichte des Regierungsrates vom 12. Januar 1993 und
der Umwelt- und Gesundheitskommission vom 8. Juni
1993: Durchführung einer Informations- und
Motivationskampagne für eine bessere Luft; Bewilligung
eines Verpflichtungskredits (Partnerschaftliches
Geschäft)
zurückgewiesen 2112

14. 93/140
Bericht des Regierungsrates vom 1. Juni 1993:
Genehmigung der Grenzbereinigung mit dem Kanton
Aargau in den Gemeinden Wintersingen/Magden.
Direkte Beratung
beschlossen 2116

15.93/156
Fragestunde
Frage beantwortet 2116

Nr. 1444

MITTEILUNGEN

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUP**T begrüsst die Anwesenden herzlich zu seiner letzten Sitzung. Radio Raurach wird die heutige Wahl-Sitzung zum Teil direkt übertragen.

Für das Protokoll:
Marianne Knecht, Protokollsekretärin

*

Nr. 1445

7. Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994

ROLAND MEURY schlägt namens der Grünen Daniel Müller zur Wahl vor.

Eingelegte Wahlzettel	81
davon leer	13
davon ungültig	4
	<u>17</u>

Gültige Wahlzettel	64
--------------------	----

Absolutes Mehr	33
----------------	----

Gewählt ist: Daniel Müller mit 57 Stimmen.

DANIEL MÜLLER: Offenbar lässt sich in diesem Parlament doch etwas bewegen. D. Müller erklärt die Wahl als angenommen und dankt für das gute Resultat. Er versichert all denen, die ihn nicht wählen konnten, sein volles Verständnis.

Zu Ehren des neu gewählten Präsidenten spielt und singt die Formation "Tschöss".

Verteiler:

- Landratspräsident Daniel Müller, Lehengasse 27, 4142 Münchenstein, durch Wahlanzeige

Für das Protokoll:
Marianne Knecht, Protokollsekretärin

*

Nr. 1446

8. Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994

WILLI BREITENSTEIN schlägt namens der SVP-EVP-Fraktion Werner Spitteler vor.

Eingelegte Wahlzettel	81
davon leer	11
davon ungültig	1
	<u>12</u>

Gültige Wahlzettel	69
--------------------	----

Absolutes Mehr	35
----------------	----

Gewählt ist:

Regierungsrat Werner Spitteler mit 64 Stimmen.

Verteiler:

- Regierungsrat Werner Spitteler, Waldhof, 4431 Bennwil, durch Wahlanzeige

Für das Protokoll:
Marianne Knecht, Protokollsekretärin

*

Nr. 1447

9. Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994

ROBERT PILLER schlägt namens der FDP-Fraktion Robert Schneeberger zur Wahl vor.

Eingelegte Wahlzettel	83
davon leer	4
davon ungültig	1
	<u>5</u>

Gültige Wahlzettel	78
--------------------	----

Absolutes Mehr	40
----------------	----

Gewählt ist:

Robert Schneeberger mit 45 Stimmen.

Weitere Stimmen erhielten:

Rita Kohlermann	25
Andere	8

Verteiler:

- Robert Schneeberger, Langackerstrasse 23, 4441 Thürnen, durch Wahlanzeige

Für das Protokoll:
Marianne Knecht, Protokollsekretärin

*

Nr. 1448

10. Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994

ROBERT PILLER: Die FDP-Fraktion schlägt Dr. Hans Fünfschilling zur Wahl vor.

Eingelegte Wahlzettel	83
davon leer	7
davon ungültig	0
Gültige Wahlzettel	76
Absolutes Mehr	39

Gewählt ist:
Regierungsrat Dr. Hans Fünfschilling mit 67 Stimmen.

Verteiler:

- Regierungsrat Dr. Hans Fünfschilling, Rottmannsbodenstrasse 43, 4102 Binningen, durch Wahlanzeige

*Für das Protokoll:
Marianne Knecht, Protokollsekretärin*

*

Nr. 1449

11. Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1993 - 30. Juni 1994

Nachdem für die 5 Mitglieder des Büros auch 5 Nominationen vorliegen, erklärt der Landratspräsident Bruno Weishaupt die folgenden Landrätinnen und Landräte als gewählt:

://:	Rita Kohlermann	FDP
	Andrea Strasser Köhler	SP
	Günther Schaub	SP
	Verena Burki	SVP/EVP
	Elsbeth Schneider	CVP

Verteiler:

- Verena Burki-Henzi, Krummackerstrasse 6, 4103 Bottmingen
- Rita Kohlermann-Jörg, Vogesenstrasse 35, 4106 Therwil
- Günther Schaub, Brühlweg 51, 4132 Muttenz
- Elsbeth Schneider-Kenel, Blauenstrasse 14, 4153 Reinach
- Andrea Strasser Köhler, Hauptstrasse 10, 4445 Häfelfingen
(alle durch Wahlanzeige)

*Für das Protokoll:
Marianne Knecht, Protokollsekretärin*

*

Nr. 1450

13. 93/13 Berichte des Regierungsrates vom 12. Januar 1993 und der Umwelt- und Gesundheitskommission vom 8. Juni 1993: Durchführung einer Informations- und Motivationskampagne für eine bessere Luft; Bewilligung eines Verpflichtungskredits (Partnerschaftliches Geschäft)

Kommissionspräsident **THOMAS GASSER:** Die Umwelt- und Gesundheitskommission hat im Februar den von der Bau- und Umweltdirektion erstellten Umweltbericht 1992 erhalten. Dieser erste Bericht seit Inkrafttreten des Umweltschutzgesetzes hat uns sehr beeindruckt und wir möchten ihn den Mitarbeitern der Umweltschutzdirektion herzlich verdanken. Es ist es wert, dass der Landrat von diesem Bericht gelegentlich Kenntnis nimmt, wir haben daher der Ratskonferenz entsprechenden Antrag gestellt. Es ist dies neben der Würdigung der ausgezeichneten Arbeit eine kostengünstige Weise, den Landrat und die Bevölkerung für die Probleme der Umwelt und der Luft vermehrt zu sensibilisieren.

Mit der Vorlage für die "Durchführung einer Informations- und Motivationskampagne für eine bessere Luft" kommt aus der Bau- und Umweltschutzdirektion eine weitere gute Idee.

Die Luftqualität ist noch lange nicht gut, und die Ziele der Luftreinhalteverordnung können auch mit grösserer Anstrengung nicht eingehalten werden. Es muss etwas geschehen; es ist in der Verantwortung des Staates mit der Initiative voranzugehen. Es darf auch etwas kosten. Auch die Luftverschmutzung kostet Geld – die Infras-Studie zeigte auf, dass die Kosten der Luftverschmutzung (vor allem Gebäudeschäden) jährlich über 50 Mio. kosten.

Nach meiner persönlichen politischen Erfahrung geht es eigentlich selten darum "schlechte Ideen" bekämpfen zu müssen. Meistens handelt es sich um "gute Ideen" die korrigiert werden müssen, weil sie entweder über das Ziel hinausschissen oder so angelegt sind, wie hier, dass sie das Ziel nicht erreichen können.

Es ist mir klar, dass der Kommissionsbericht kein gründliches Eingehen auf alle Aspekte der Vorlage ist. Mein Bericht soll – so hat man mich von kompetenter Seite angewiesen – lediglich unsere Gründe für die Rückweisung an die Regierung darlegen. Falls der Landrat dieser Rückweisung nicht zustimmt, so bleibt die Vorlage bei der Kommission, und wir müssen zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Bericht erstellen.

Da es sich um ein partnerschaftliches Geschäft handelt, stand es auch unter einem Zeitdruck (Terminierung mit Basel-Stadt). Die Basler kennen für solche Geschäfte keine vorberatende Kommissionen, sie haben daher das am letzten Mittwoch traktandierete Geschäft abgesetzt, um auf unseren Entscheid zu warten. Unsere Verantwortung ist umso grösser.

Unsere Kommission hat es sich mit dem Rückweisungsantrag nicht leicht gemacht, wir haben uns an drei Sitzungen mit dieser Kampagne auseinandergesetzt und uns mit Lichtbildern vorstellen lassen. Die "sauglatten Sprüche" sind wirklich lustig. Da wird schon Monate vor Erscheinen des Luftikus, bevor man weiss, wer das ist, Spannung aufgebaut:

"Der Stutz sollte einen haben. Und der Belser auch – aber wie steht's mit dem Vischer?"

"Ab 17. Mai werden Sie jeden Morgen aufwachen und an ihn denken."

Darauf die Enthüllung: "Er ist jung und schön und bald zu haben. Und er heisst Luftikus". "Möchten Sie den Luftikus ihrer Tochter kennen lernen?"

Dies alles ist "sauglatt", aber mit "Sauglattismus" allein lässt sich das Umweltverhalten der Bevölkerung nicht verändern.

Der Luftikus, nach Duden "ein oberflächlicher Mensch", wird in unserer Region ohne Zweifel als berühmtes Sujet in die Geschichte eingehen. Es geht aber nicht darum, den Luftibus und die entsprechenden Werbebüros bekannt zu machen, sondern das Verhalten der Menschen zu ändern.

Luftikus non est disputantum

Die Zeit der Apelle und der Oberflächlichkeiten ist vorbei, spätestens, seit wir in der Region die Umweltschutzgesetze haben. – Vor zehn Jahren, als das Waldsterben noch in aller Munde war und niemand recht wusste, was er tun soll, wäre die Stimmungslage für eine solche Aktion richtig gewesen. Wir sind heute ein Stück weiter. – Es bringt der Luft nichts, wenn wir z.B. am Muttertag einer Frau (vielleicht Mutter vielleicht auch nicht) einen Blumentopf überreichen als Anerkennung für die Benützung des öffentlichen Verkehrsmittels.

Warum nicht einen Prospekt "Umweltbewusstes Fahren" an alle Haushaltungen verteilen, wäre es doch logisch, da alle Haushaltungen einen Parkplatz haben müssen, nach Gesetz; also muss auch jede Haushaltung umweltbewusst fahren.

Warum muss der Kanton jeder Haushaltung um jeden Preis beibringen, dass er eigentlich ein Auto haben sollte – jede hat es.

Nur zu diesem Beispiel: Wäre die Wirkung und die Glaubwürdigkeit nicht grösser, wenn dieser Prospekt durch die Automobilverbände den Autofahrern abgegeben würde?

Mit dieser Kampagne sind im übrigen auch die Medienereignisse und die positive Berichterstattung durch die Journalisten bereits eingeplant. Man könnte etwas spitz fragen, ob die Zusagen für positive Berichterstattung von Journalisten bereits vorliegen.

Was dieser Kampagne fehlt, ist die aktive Mitarbeit und das Mittragen durch Verbände, Gewerbe und der Produzenten. Es genügt aber nicht, wenn diesen Gruppierungen der Sammelhut für diese Aktion hingehalten wird. Die ganze Aktion muss von diesen Verbänden aktiv getragen werden. Das bringt die nötige, breite Unterstützung. Vor allem aber wissen der ACS, der TCS, der VCS besser, was sie ihren Mitgliedern beibringen können, und der Hausbesitzerverein, wo die Hausbesitzer etwas tun können. Warum nicht eine Prämierung des "umweltfreundlichsten Hauses", Anerkennung der besten Leistungen der Verbände, des fortschrittlichsten Gewerbes.

Auch Ärztereinigungen können Gesundheitsschäden besser und glaubwürdiger klarmachen.

Wir dürfen die Monopolisierung des Umweltschutzgedankens auf bestimmte Gruppen nicht länger zulassen.

Im Laufe der Zeit haben sich viele Sauli zu Pauli gewandelt, wir sollten dies zur Kenntnis nehmen und die echt Urgläubigen unter uns sollten sich nicht wehren, dass diese Verbände sich plötzlich hervortun für die Umwelt. Falls die Selbstdarstellung von Industrie und Gewerbe in Sachen Umwelt der Luft etwas bringt. Auch die ersten Christen hatten anfänglich Mühe mit Gysin, wollte sagen: mit Saulus, als er plötzlich als Paulus auftauchte und fragten, hat er uns nicht schon immer bekämpft – und nun will er uns sagen, was in der Umwelt zu tun ist! Die Umwelt- und Gesundheitskommission ist daher überzeugt, dass es ohne Mitwirkung von den betroffenen Verbänden nicht geht. Einerseits brauchen wir die breite Abstützung, vor allem aber auch gezielte, praktische, machbare Vorschläge, welche der Einwohner von seinem Verband leichter akzeptiert, als von einer kantonalen Stelle. Zur Motivation gehört auch der konkrete,

praktische Schritt. Es dürfte auch kostengünstiger zu stehen kommen.

Falls Kontaktprobleme bestehen oder die Regierung keinen Weg sieht, diese Verbände von Anfang an in die Aktion einzubinden, so würde unsere Kommission hier Hilfe leisten.

Ich bitte Herrn Belser, sich nicht zu sperren und die Rückweisung anzunehmen. Die Vorlage sollte zur Reife gebracht werden, so dass wir alle dazu stehen können.

RITA KOHLERMANN: Auch die FDP-Fraktion weist die Vorlage zurück. Positiv nahm die Fraktion zur Kenntnis, dass man von den ursprünglichen im Luftreinhalteplan enthaltenen 7 oder 8 Mio Franken für das Projekt auf 3 Mio heruntergekommen ist. – Zur Informations- und Motivationskampagne: Der Zustand der Luft ist immer noch nicht gut, obwohl die geplanten Massnahmen, vor allem von der Industrie, weitgehend realisiert worden sind. Die FDP ist nicht grundsätzlich gegen eine Motivationskampagne, doch muss sie die Trägerschaft und teilweise auch den Inhalt der Kampagne kritisieren. – Die nationale Abfallkampagne ist in weiten Teilen des Landes ins Leere gelaufen. Vor dem Hintergrund der Informationsüberflutung muss ein aussergewöhnliches Vorgehen gewählt werden, worunter wir eine breitabgestützte Kampagne verstehen. Zwar wird in der Vorlage erwähnt, dass das Projekt in Zusammenarbeit mit Firmen und Institutionen gestartet werden soll, doch ist uns diese Aussage zuwenig konkret; Hauptträger bleibt der Kanton. Es dürfte klar sein, dass Mitglieder eines Verbandes sich eher zum Handeln aufgerufen fühlen, wenn ihr Verband es ihnen nahelegt. – Zum Inhalt der Kampagne: Er überzeugt uns nicht. Kann der "Luftikus" überhaupt ernst genommen werden? Ich erinnere daran, dass 1994 die LRV ausläuft; in eben diesem Jahr nun würde die Kampagne starten, und genau da müsste angesetzt werden: LRV-Ziele nicht erreicht, es braucht eine grosse gemeinsame Anstrengung. – Zur Machbarkeit: Zürich bewies mit der "Aktion Zürich heiter", dass Wirtschaft, Verwaltung und Verbände zusammen ein solches Projekt auf die Beine stellen können. – Das neuste Umweltprogramm der EG ist Beweis, dass viel Gewicht auf die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Wirtschaft gelegt wird ("shared responsibilities"); auch wir sollten zur Einsicht gelangen, dass nur gemeinsames Vorgehen uns Erfolg bescheiden kann.

PETER KUHN: Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Rückweisung. – Die Präsentation der Werbeagentur überzeugt uns nicht. Die Grundwelle der Bereitschaft, wirklich etwas zu tun, kann mit diesem Konzept nicht ausgelöst werden. – Eine Verbesserung der Luft scheint uns nur möglich, wenn die verschiedensten Verbände und Vereinigungen am gleichen Strick ziehen.

URSULA BISCHOF: Die SP-Fraktion ist gegen den Rückweisungsantrag. – Die jährlichen Kosten der Luftverschmutzung in der Region werden auf 56 Mio geschätzt, woran gemessen sich die Kampagnenkosten für unseren Kanton (1,5 Mio, die erst noch auf drei Jahre verteilt sind) geradezu lächerlich ausnehmen. – Von der Werbekampagne sollte man in der Argumentation wegkommen; zwar bin ich auch nicht glücklich über den Luftikus, doch ist er Resultat eines Wettbewerbs unter Werbe-firmen. Überdies ist einmal versucht worden, nicht mit dem Gesetzesfinger zu drohen, sondern mit anderen Mitteln die Bevölkerung zu erreichen, weil bisher alles andere gescheitert ist. Überdies: Tun wir doch nicht so, als ob wir samt und sonders Werbefachleute wären. – Der Landrat hat sich dazumal klar für die Verbesserung der Luftqualität ausgesprochen – und jetzt klemmt er; welch schiefes Bild dies in der Bevölkerung abgeben

muss! – Ich möchte die Fraktionen bitten, nicht einfach die Vorlage zurückzuweisen, sondern ehrlich zu sagen, dass man gar keine Kampagne will.

VERENA BURKI: Die SVP/EVP-Fraktion ist für Rückweisung, sie wäre gar bereit, die Vorlage ganz abzulehnen. – Wir meinen auch, dass ein solches Projekt breiter abgestützt sein sollte, einige Verbände mehr an einen Tisch gebracht werden müssen. – Es ist ein Hohn, wenn die gleiche Direktion einerseits Luftküsse austeilte, und andererseits den Fahrplan des ÖV ausdünnete.

ROLAND MEURY: Über die Situation der Luft muss hier nicht mehr des langen und breiten geredet werden, sie dürfte allen bekannt sein. – Die Regierung hat Massnahmen zum Schutz der Umwelt in den verschiedensten Bereichen vorgeschlagen, die in Volksabstimmungen allesamt abgeschmettert wurden. Und heute haben wir es zusätzlich mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu tun. Die Fraktion der Grünen, die der Meinung ist, in der Politik dürfe man die Flinte nicht einfach ins Korn werfen, gelangte nach reiflicher Überlegung zum Schluss, die Kampagne zu unterstützen, weil einfach jede Chance, sei sie noch so klein, genutzt werden muss. – Wir verteidigen hier eigentlich ein Anliegen der Bürgerlichen, nämlich Freiwilligkeit, Selbstverantwortung, kleine Kosten; und dazu kommt: die Kampagne tut niemandem weh. – In der Umweltkommission ist uns anschaulich versichert worden, es sei eine Illusion zu glauben, alle Verbände an einen Tisch zu bringen, sie die Kampagne mittragen zu lassen, und dies erst noch unter den Auspices des Kantons. – Wir möchten die Federführung eindeutig beim Kanton belassen, weil ein Verband (z.B. der TCS) die Kampagne nur zu PR-Zwecken ausnützen würde. – Den Inhalt der Kampagne können wir nicht bewerten, sonst hätten wir alle die letzten Abstimmungen gewonnen, waren doch die meisten von uns in Komitees organisiert, ohne dass es uns aber gelungen wäre, die Bevölkerung zu überzeugen; deshalb sollte auch unkonventionellen Mitteln eine Chance gegeben werden. – Wir bewegen uns offenbar weg von der enorm wichtigen und richtigen Partnerschaft Ökologie/Wirtschaft: Wir gehen zurück zu Verboten und polizeilichen Massnahmen. Dabei sagten wir, dass wir eine sensibilisierte Wirtschaft wollen. Solange der Weg der Freiwilligkeit begangbar ist, soll er betreten werden. Eine Verzögerung, die hier beantragt wird, könnte diesen Weg sperren.

PETER BRUNNER: Grundsätzlich ist eine Motivationskampagne sicher positiv zu bewerten. Doch wenn der Kanton alleine vor die Bevölkerung tritt, hat er erfahrungsgemäss (Abfallkampagne) keinen Erfolg. Verbände und Wirtschaft sollten in dieses Unternehmen eingeschlossen werden. – Wir sind für Rückweisung, wobei ich ehrlich genug bin einzugestehen, dass Rückweisung der Todesstoss für die Vorlage bedeutet.

ALFRED ZIMMERMANN: Im Unterschied zu anderen Umweltbereichen haben wir bei der Luft noch nicht viel erreicht. – Verhaltensänderungen sind im Umweltschutz unerlässlich und sind in drei Stufen erreichbar: I. Motivation, II. Gebote, III. Lenkungsabgaben. Die Kampagne ist eigentlich ein Stück Umwelterziehung, weshalb man ihr zustimmen müsste. – Die Zeit der Appelle ist vorbei, heisst es im Bericht; da kann die Konsequenz doch nur Massnahmen heissen, und zwar strenge, die Freiheit einschränkende. – Ist die Kampagne gut? Nun, meiner Meinung nach ist der Grossteil der Fernsehwerbung Mist; offenbar aber kommt sie beim Publikum an. – Kritisieren muss ich das dicke Buch der Werbeagentur, die dafür verschwenderisch Papier verwendete. – Wich-

tig scheint mir beim motorisierten Verkehr die Losung 'Umweltbewusstes Fahren'. Es soll gezeigt werden, wie man sparsam fährt, besser aber wäre es, es würde gezeigt, wie man das Auto gezielt und sparsam einsetzt.

KURT LAUPER: Der Bericht der Umweltkommission stimmte mich traurig. – Es zeugt von einäugigem Denken, wenn tatsächlich geglaubt wird, dass z.B. mit Verkehrsverbänden zusammengearbeitet werden könne, die das Waldsterben damit begründen, der Wald sei eben an ungünstigen Stellen gepflanzt worden (Präsident ACS). – Wäre die Aids-Kampagne, die erfolgreich die Bevölkerung angesprochen hat, hier im Rat traktandiert gewesen, sie wäre bestimmt abgelehnt worden. – Mit Ängsten eine Werbekampagne zu betreiben, davon sind die Agenturen längst abgekommen.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Bei der Luftsituation haben wir einige Fortschritte erreicht, das soll nicht verschwiegen werden, doch sind wir in gewissen Bereichen weit von unserem Ziel entfernt. Durch Massnahmen an der Quelle (etwa Katalysator), durch enorme Anstrengungen bei der Industrie, soll eine bessere Luftqualität erreicht werden. Wir können aber nicht überall auf *einen* Verursacher hinweisen, oftmals sind viele Leute Verursacher: Von diesen zeigen einige ein aussergewöhnlich umweltbewusstes Verhalten; andere wieder wüssten schon, wie sie sich verhalten müssten (diese Gruppe steht vor allem im Visier unserer Motivationskampagne); und wieder andere zeigen für diese Problematik absolut kein Interesse; diese sind für uns schwer erreichbar, wir können nur versuchen, dass ihre Zahl stetig abnimmt. – Im Massnahmeplan Luft ist die Kampagne schon erwähnt worden; sie wurde damals begrüsst. Der dort für die Kampagne eingesetzte Betrag ist mittlerweile enorm gekürzt worden. – Zum Inhalt der Kampagne: Ich musste schon staunen, wie der Präsident der Gesundheitskommission über Werbung Bescheid weiss; träfe dies auch wirklich zu, dann besetzten er und andere, die seine Meinung teilen, schon längst die Mehrheit der Sitze in diesem Parlament. Wir haben unter drei renommierten Agenturen einen Wettbewerb durchgeführt. Die handgestrickten Kampagnen erreichen die Leute nicht, das muss man heute doch einsehen. Und wenn das Konzept vor zwei Jahren entwickelt wurde, heisst dies doch nicht, dass die Kampagne nicht der heutigen Zeit angepasst würde. – Zur Partnerschaft: Partnerschaft ist erwünscht und Tatsache, mit dem Malergewerbe, der Industrie, Druckereien usw. arbeiten wir auf eine bessere Luft hin. Aber Grenzen gibt es überall; wenn man zwangsweise Zusammenarbeiten will, kommt nichts dabei heraus. Also: 'Ja' zu einer erweiterten Zusammenarbeit, 'Nein' aber, wo die Interessen gegeneinander laufen. – Die Illusion der Vorfinanzierung sollte begraben werden. – Ich stelle den Antrag, auf die Vorlage einzutreten. Wählen Sie zumindest einen ehrlichen Weg. Ich wünsche mir einen echten Entscheid.

Kommissionspräsident **THOMAS GASSER:** Ich sprach von praktischer Zusammenarbeit. Ohne Verbände geht es nicht, hat die Kampagne keine Chance, das hat die Vergangenheit auch gezeigt. – Ich habe übrigens keine Agentur im Rücken, die mir sagt, was ich im Landrat zu sagen habe.

RITA KOHLERMANN beteuert, die Fraktion der FDP betreibe keine Verschleierungstaktik.

Über den Rückweisungsantrag wird unter Namensaufruf abgestimmt.

Für Rückweisung stimmen:

Affentranger Jörg, Ammann Franz, Andres Josef, Assolari Danilo, Ballmer-Held Adrian, Bernegger Willi, Bieri Hansruedi, Brodbeck Adolf, Brunner Peter, Buholzer Susanne, Burki-Henzi Verena, Dalcher Paul, Degen Peter, Eberenz Rolf, Felber Rudolf, Fünfschilling-Gysin Barbara, Gasser Thomas, Geier-Bischoff Beatrice, Gschwind Gregor, Hiltmann Klaus, Hockenjos Claude, Immoos Reto, Jeitziner-Gisler Alex, Jenny Peter, Jourdan Hans Ulrich, Kamber Max, Kohlermann-Jörg Rita, Kuhn Peter, Lusser Gerold Martin, Marti Robert, Moll Roger, Piller Robert, Ribl Max, Schneeberger Robert, Schneider-Kenel Elsbeth, Thöni Ernst, Tobler Peter, Tschopp Heidi, Waibel Hermann und Weishaupt Bruno

Gegen Rückweisung stimmen:

Aeschlimann-Degen Esther, Bischof Ursula, Breitenstein Willi, Degen Kurt, Frei-Müller Rös, Furler-Meyer Katharina, Graf Fritz, Graf-Oggenfuss Rös, Greiner-Gutzwiller Ruth, Halder-Perrenoud Jacqueline, Haller Martha, Heeb-Schlienger Ruth, Hunziker-Ringel Margot, Kaufmann Ueli, Klein Andres, Kunz Werner, Laube Roland, Lauer Kurt, Meury Roland, Minder Peter, Müller Daniel, Niklaus Peter, Nussbaumer-Suter Elisabeth, Ott Lukas, Ottowitz-Müller Vreni, Portmann Heidi, Schaub Günther, Schäublin Hans, Schelble Liselotte, Schindler Ernst, Schlumpf Roger, Schmutz Alfred, Spinnler Annemarie, Stauber Edith, Strasser Köhler Andrea, Tschopp Hans Rudi, Weller Theo, Widmer Dorothee und Zimmermann Alfred

://: Der Rückweisungsantrag an die Regierung wird mit 40:39 Stimmen (bei 1 Enthaltung) angenommen.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Protokollsekretär*

*

Nr. 1451

14. 93/140**Bericht des Regierungsrates vom 1. Juni 1993: Genehmigung der Grenzbereinigung mit dem Kanton Aargau in den Gemeinden Wintersingen/Magden. Direkte Beratung**

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER** bittet, dem Geschäft zuzustimmen.

Kein Wortbegehren.

://: Der Landratsbeschluss wird einstimmig angenommen.

Landratsbeschluss**betreffend Genehmigung der Grenzbereinigung mit dem Kanton Aargau in den Gemeinden Wintersingen und Magden**

Vom 17. Juni 1993

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Regierungsratsbeschluss Nr. 1342 vom 1. Juni 1993 betreffend Regulierung der Kantonsgrenze Basel-Landschaft/Aargau, Gemeinden Wintersingen/Magden wird genehmigt.

2. Die Genehmigung ist auf den Projektplänen unterschriftlich nachzuvollziehen.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Protokollsekretär*

*

BEGRÜNDUNG DER PERSÖNLICHEN VORSTÖSSE

Nr. 1452

93/163

Postulat von Ursula Bischof: Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Frauen

Nr. 1453

93/164

Interpellation von Margot Hunziker-Ringel: Kontrolle der privaten Pensionskassen und Vorsorgeeinrichtungen

Nr. 1454

93/165

Schriftliche Anfrage von Oskar Stöcklin: Kantonswechsel des Laufentals

Nr. 1455

93/166

Schriftliche Anfrage von Heidi Portmann: Werbung für Alu-Getränkedosen

Auf eine Begründung wird in allen Fällen verzichtet.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Protokollsekretär*

*

Nr. 1456

**15.93/156
Fragestunde**

Reto Immoos: Hafenlärm sorgt grenzüberschreitend für Unmut

Wie ich von betroffenen Anwohnern erfahren musste, gibt der Basellandschaftliche Rheinhafen in Birsfelden wegen seines Lärms in der Nacht und am frühen Morgen Anlass zur Klage.

Es wurden mehrere Nachtschichten eingelegt und in den Morgenstunden Pflastersteine mit unsäglichem Krach in die Schiffe verladen. Ein solches Verhalten darf nicht einreissen, unsere Nachbarn im Norden haben das gleiche Recht auf Nachtruhe und Respektierung der gesetzlichen Lärmschutzbestimmungen wie wir. Der Bürgermeister von Grenzach-Wyhlen nannte es "eine Unverschämtheit sondergleichen".

Meine Fragen an den Regierungsrat:

1. Gilt die Lärmschutzverordnung im Rheinhafen Birsfelden nicht?
Wenn Ja, wie darf denn ein Benutzer der Hafenanlagen zu solchen Nachtstunden ungestört solchen Krach machen, ohne dass die kantonale Behörde einschreitet?
2. Welche gesetzlichen Bestimmungen müssten angepasst werden, dass solches in der Zukunft nicht mehr möglich ist?
3. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um mit den Anrainern wieder ein gutes Einvernehmen zu erzielen?

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER**: Die LRV gilt auch im Rheinhafen. Aufgrund eines Lärmgutachtens sowie eines Sanierungskonzeptes vom Juni 1990 hat die Birs AG die mechanischen und elektrischen Teile der Krane saniert, um den Lärm zu vermindern. Bewohner von Grenzach-Wyhlen haben die Wirksamkeit dieser Massnahmen weitgehend bestätigt. Mit der Sanierung halten die Rheinhäfen die Grenzwerte ein. – Die Rheinhäfen werden zuweilen auch zu Nachthäfen, allerdings nur selten. Die Birs AG ist aufgefordert worden, durch betriebliche und organisatorische Mittel Nachtarbeiten weiter zu reduzieren. Immer ist es aber nicht möglich. Garantieren für ausschliesslich ruhige Nächte kann ich also nicht. – Mit den Anrainern besteht eigentlich ein gutes Verhältnis (gemeinsame Feste, Hafenfürhungen usw.).

RETO IMMOOS dankt für die Beantwortung seiner Fragen.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Protokollsekretär*

*

Nr. 1457

VERABSCHIEDUNGEN

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUPT** verabschiedet drei Mitglieder des Landrates: Dorothee Widmer, Ernst Schindler und Werner Kunz. Er schildert kurz ihre Tätigkeiten im Landrat und dankt für die geleistete Arbeit.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Protokollsekretär*

*

Nr. 1458

ABSCHLUSSREDE DES LANDRATSPRÄSIDENTEN

BRUNO WEISHAUPT verabschiedet sich als Landratspräsident:

Es ist eine Tradition, dass der Landratspräsident zum Abschluss seines Amtsjahres eine kurze Rede hält. Auch ich möchte Ihnen rückblickend auf dieses Jahr einige Gedanken weitergeben:

Bei Amtsantritt habe ich einige Wünsche genannt; wie es so ist, sind nicht alle meine Wünsche in Erfüllung gegangen, Wünsche bleiben oft Wünsche.

Trotzdem haben wir, in bezug auf die Anzahl Geschäfte, die behandelt und verabschiedet wurden, gute Arbeit geleistet. Dafür danke ich Ihnen. Die Zahl der persönlichen Vorstösse konnte z.B. merklich vermindert werden.

Durch das vergangene Jahr begleitete uns das Wort "Finanzen/Finanzknappheit" wie ein roter Faden. So war ein wichtiges Geschäft das sogenannte Sparpaket.

Es war mein erklärtes Ziel, diesen 1. Teil der Sparanstrengungen durchzuziehen und das ganze Geschäft abzuschliessen. Dies ist mir leider nicht gelungen, zu viele Ungereimtheiten und Schwierigkeiten, die nicht voraussehen waren, tauchten auf. Vom Ergebnis und unter den Umständen, wie dieses zustande kam, bin ich ganz und gar nicht befriedigt.

Ich wünschte mir einen Landrat des gegenseitigen Verständnisses, der dialogfähig ist, der nicht im Entweder-oder-Denken stehen bleibt, sondern sich zum Sowohl-als-Auch findet. Ob sich dieser Wunsch erfüllte, überlasse ich Ihnen zu beurteilen.

Ich meine, gerade in schwierigen Zeiten wie heute muss man sich in der Mitte finden, einen Konsens anstreben! Dass dies nicht möglich war, bedaure ich sehr, vielleicht hätten interfraktionelle Gespräche, sogenannte Wildenstein- oder Ebenraingespräche, eher zu einem befriedigenden Ergebnis geführt.

Wir alle sollten wieder mehr das Ganze, den Kern der Sache, anstreben. Wir diskutieren mit aller Heftigkeit, was uns als ungelöstes Problem auf den Nägeln brennt. Aber: Wir erleben auseinanderstrebende Lager, die sich bekämpfen, die beide Lösungen zu haben scheinen. Aber alles, was ins Extreme führt, führt von der Mitte und vom Kern weg, so dass das verbindende Band zu reissen droht.

Dass dieses Band nicht reisst, sondern im Gegenteil zusammenführt zum Kern, zum Ganzen, muss unser Bestreben, unser Ziel sein. Wir müssen uns wieder mehr darauf besinnen, dass der Staat wie jede andere Gemeinschaft nur über das gegenseitige Geben und Nehmen funktioniert. Das wäre auch eine Antwort auf die gegenwärtigen Defizite.

Was uns oft fehlt ist Vertrauen und Toleranz, das sind Werte, die in der direkten Demokratie von besonderer Bedeutung sind, sind sie doch die Grundlagen zur Bewältigung unserer Probleme und Zukunftsaufgaben.

Allzu oft müssen wir leider feststellen, dass die Bevölkerung nur noch wenig Vertrauen hat in die von ihm gewählten Politikerinnen und Politiker und in die staatlichen Institutionen. Warum greift das Volk immer wieder zum Instrument der Initiative, des Referendums? Wenn das Volk den Parlamenten keine sachgerechten Entscheidungen mehr zutraut, dann ist es schlecht bestellt um unsere direkte Demokratie, dann müsste man das System in Frage stellen.

Wegen all der anstehenden Problemen dürfen wir aber nicht den Kopf in den Sand stecken und resignieren, dafür sind wir nicht gewählt.

Wir brauchen:

– eine vorwärtsstrebende Politik, und damit Politikerinnen und Politiker, die – von der Bevölkerung getragen und unterstützt – Führungsverantwortung wahrnehmen wollen und können;

– eine Politik, die Probleme nicht unter den Tisch wischt (Altersfragen, Finanzen, Arbeitslosigkeit usw), sondern den Tatsachen ins Auge schaut und sie beim Namen nennt;

– eine Politik, der die Erhaltung der Umwelt ein echtes Anliegen ist und die die Innovationskraft unserer Wirtschaft, Technik und Forschung miteinbezieht und ihr auch vertraut und nicht alles über Vorschriften und Bürokratie regeln will.

Tagtäglich nehmen wir Kriege, Nöte, Entbehrungen von unzähligen Menschen in aller Welt zur Kenntnis. Sind wir uns bewusst, dass es uns trotz Rezession und hoher Arbeitslosigkeit verhältnismässig gut geht? Wäre das nicht ein Ansporn und eine Verpflichtung, uns mit Mut, Vertrauen, Zuversicht und Toleranz an die Gestaltung der Zukunft heranzuwagen?

Wir sind ein junger Kanton, der seine Aufgaben und Probleme bis jetzt selbständig angegangen und auch gelöst hat, das soll auch so bleiben. Besinnen wir uns darauf, dass unser Kanton liberal und immer offen für Meinungen war.

Selbstverständlich ist auch Partnerschaft gefragt, dort, wo Aufgaben anstehen, die besser gemeinsam gelöst werden können.

Zum Schluss lassen Sie mich kurz danken:

– Ihnen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, für die kooperative Zusammenarbeit. Ein Präsident kann und will es nicht allen recht machen. Sollte sich jemand ungerecht behandelt, übergangen, ja beleidigt vorgekommen sein, so war es sicher nicht Absicht, und ich entschuldige mich.

– Dem Regierungsrat

– Der Landeskanzlei und der ganzen Verwaltung für die tatkräftige Unterstützung.

Ein Präsidialjahr ist eine faszinierende, eindrucksvolle Aufgabe. Das Landratspräsidium fordert viel, gibt aber mehr. Ich habe dieses Amt gerne ausgeführt und wünsche meinem Nachfolger ebensoviel Freude und Befriedigung.

Ihnen allen wünsche ich einen fröhlichen, gemütlichen Nachmittag und Abend und schöne, erholsame Ferien.

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER** dankt Bruno Weishaupt im Namen des Regierungsrates.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Protokollsekretär*

*

**Die nächste Landratssitzung findet statt
am**

6. September 1993

*

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrates

der Präsident:

der Landschreiber:

